

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

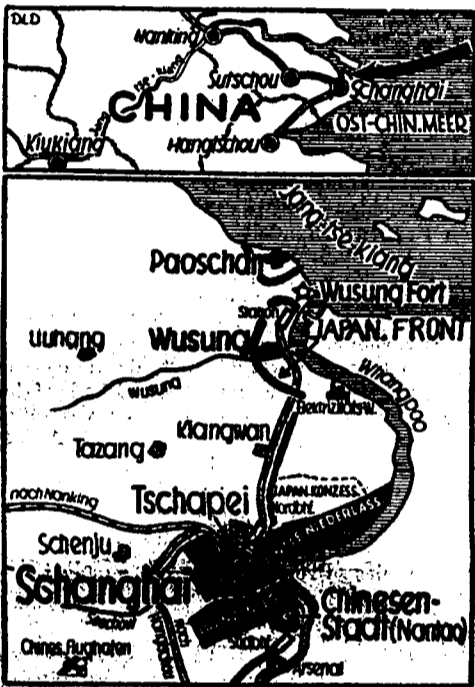
NUMMER 53 A

BERLIN • Donnerstag, den 3. März 1932

1 JAHRGANG

Japan verhandelt unter Kanonen

Der Außenminister YOSCHISAWA hat erklärt, daß die von dem Präsidenten des Völkerbundsrats gemachten Vorschläge für die Regierung in Tokio annehmbar seien; die japanischen Vertreter in Genf seien von der Entscheidung ihrer Regierung benachrichtigt worden.



Der chinesische General WANG TSCHEN, der am Sonntag von den Japanern in Schanghai verhaftet worden war, ist auf freien Fuß gesetzt worden.

In der Mandschurei.

Auch in der Mandschurei treffen unablässig neue japanische Truppen ein, die von Dairen aus nach Mukden, Charbin und Imjanpo abtransportiert werden. Zugleich wird immer wieder gemeldet, daß die Japaner in der Mandschurei mit Weißgardisten zusammen operieren. Weißgardistische Truppen, so wird aus Moskau berichtet, versehen auf der Bahnlinie zwischen Mukden und Peking Dienst.

Nach wie vor leugnet die Regierung in Tokio irgend welche Zusammenziehung von Truppen, die für Angriffszwecke der japanischen Regierung gegen Rußland eingesetzt werden sollen.

Ein chinesisches Pulvermagazin in der Nähe von Charbin ist in die Luft geflogen, wobei etwa 100 Wachmannschaften getötet oder verletzt wurden.

Die Gründung des neuen mandschurischen Staates ist am Dienstag in Mukden amtlich verkündet worden. Die Einsetzung der neuen Regierung erfolgt am Sonnabend.

Japaner und Chinesen außerhalb des Nationalismus.

— „Gestern traf ich einen chinesischen Freund, den ich seit einem Jahr nicht mehr gesehen hatte. Damals war er noch glühender Nationalist. Inzwischen ist das anders geworden. Wir sprachen über die Verhältnisse in China; er meinte: „Wie nun die Kämpfe mit Japan auch ausgehen mögen, sicher ist, daß in China der Nationalismus eine Macht über die Menschen gewinnen wird, die alle edleren Gefühle und Bestrebungen zu ersticken droht.“

Mein Freund ist Student in einer kleinen reaktionären Universitätsstadt. Es gibt dort eine Reihe chinesischer und auch japanischer Studenten. Das Verhältnis zwischen den Angehörigen der beiden Nationen ist kühl, aber nicht gehässig. Man geht sich aus dem Wege.

In einer anderen Universitätsstadt hat sich etwas Besonderes ereignet — und die Augen des Erzählers leuchten, während er spricht: Auch dort leben einige chinesische Studenten, darunter zwei oder drei aus der Mandschurei, die seit Wochen nichts von zu Hause hören und auch kein Geld bekommen. An der Universitätsklinik arbeitet eine Japanerin als Krankenschwester. Sie hat den mandschurischen Studenten finanzielle Unterstützung angeboten für die Zeit, in der sie durch die japanische Aktion in der Mandschurei von dahem abgeschnitten sind.

Zu gleicher Zeit haben die Japaner auf der ganzen Front von Tschapei bis Kiangwan eine gewaltige Offensive eröffnet. Flugzeuge warfen Bomben auf die chinesischen Stellungen ab, die zugleich von Tanks angegriffen wurden. Im Gefolge dieses Kampfes sind die Chinesen anderthalb Kilometer zurückgedrängt worden. Wieder steht Tschapei in hellen Flammen. Die Verluste auf beiden Seiten sollen sehr hoch sein. Die ersten Angriffe der Japaner auf die chinesischen Eisenbahnlinien sind erfolgt. 17 Bomben auf dem Rangierbahnhof von Schanghai haben beide Gleise der Strecke Nanking—Schanghai zerstört.

Am Mittwoch vormittag (Ortszeit) eröffneten die Japaner nach einer während der ganzen Nacht andauernden Artilleriebeschießung der chinesischen Linie einen großen Angriff auf der ganzen Front zwischen Kiangwan und Schanghai. Die Chinesen haben ihre Stellungen an der Kiangwan-Front verlassen, indem sie im Laufe der Nacht, unter dem Schutze der Dunkelheit, den Rückzug durchgeführt haben.

AUS DEM INHALT:

- Keine Einigung in Memel.
- Konfessions-Statistik.
- Arbeiterschaft die Kriegsgefahr.
- Kultur.
- Gewerkschaftssorgen. Lohnabbaukurs.
- Arbeiter, Polizei u. Handelskammer.
- Gummiknäuel gegen Arbeitslose.
- Planwirtschaft — die Zukunft des Kapitalismus.

Steigende Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Von Gerhard Kumleben.

Noch immer nimmt die Arbeitslosigkeit in Frankreich rasch zu. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug am 20. Februar mehr als 280 000. Sie hat seit Anfang dieses Jahres jede Woche um mehr als 10 000 zugenommen. Von diesen 280 000 entfallen rund 150 000 auf Paris und seine unmittelbare Umgebung. Da aber keineswegs die Hälfte der französischen Arbeiter in oder um Paris arbeiten, so folgt, daß die Zahl der Unterstützungsempfänger hier vergleichsweise erheblich größer ist als im übrigen Frankreich. In der Tat gibt es z. B. im Departement Nord nur rund 30 000 Unterstützungsempfänger, in Lyon 8000, in Marseille nur fast 6000. Das sind niedrige Ziffern, besonders im Vergleich zu den entsprechenden Ziffern in Industriegebieten und Großstädten in England und Deutschland. In Straßburg haben sich nur 824 bei der Unterstützungskasse einschreiben lassen, in Belfort 737, in Creusot, dem Ort, in dem SCHNEIDER, der französische KRUPP, seine Fabriken hat, nur 201. Es ist zwar richtig, daß diese Zahlen der Unterstützungsempfänger kein richtiges Bild von der Arbeitslosigkeit geben, denn wer nicht sechs Monate Arbeit an seinem Wohnorte nachweisen kann, kann keine Unterstützung beziehen. Auch halten sich immer noch manche Erwerbslose aus Scheu zurück, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Aber es ist doch auf jeden Fall klar, daß die Erwerbslosigkeit und also die Wirkung der Krise, sich in Frankreich, besonders außerhalb von Paris, nicht im entferntesten so bemerkbar macht wie in Deutschland.

Wie weit die Krise sich aber in Wahrheit schon in die französische Wirtschaft hineingefressen hat, wird mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen nach Möglichkeit zu verdecken gesucht. Weder möchte man jetzt große Arbeiterentlassungen vornehmen, noch hält man es jetzt für ratsam, erhebliche Lohnkürzungen zu erzwingen. Denn solche Maßnahmen würden der Linken natürlich Wähler zuführen. So wird also der französischen Wirtschaft nach außen hin der Schein einer Krisenfestigkeit verliehen, die sie in Wahrheit gar nicht besitzt. Um so schlimmer werden daher die Wirkungen auf die Lage der Arbeiterschaft sein in dem Augenblick, wo nach den Wahlen die Unternehmer und die Regierung, durch keinerlei Rücksichten gehemmt, die Folgen der Krise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen versuchen werden. Dieser Entwicklung werden wir in der nächsten Zeit unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Das französische Budget für 1932 und die Lage mancher industrieller und finanzieller Unternehmungen lassen schon zahlreiche Sturmzeichen erkennen.

Aber selbst die wahltaktischen Rücksichten können in manchen Industrien die Schwierigkeiten nicht einmal vorübergehend verbergen helfen. Das gilt besonders von den sogenannten Luxusindustrien, die vor allem von der stark zurückgehenden Ausfuhr betroffen werden. In Paris ist z. B. die Saffianlederfabrikation sehr verbreitet. Tausende von Arbeitern sind in dieser Industrie seit langem arbeitslos. Um den Lasten zu entgehen, die aus der Sozialversicherung erwachsen, sind die Unternehmer in dieser Industrie in letzter Zeit dazu übergegangen, in weit größerem Maße als früher von der Heimarbeit Gebrauch zu machen. Die Heimarbeit unterliegt nicht den Gesetzen der Sozialversicherung, und zwar auch dann nicht, wenn sie, wie in dem hier beschriebenen Fall, in der Weise ausgeübt wird, daß ein Heimarbeiter bei sich wiederum eine Anzahl von Frauen und Mädchen arbeiten läßt. Mit der Zunahme dieser Art von Beschäftigung wird also eine alte Wirtschaftsform des 19. Jahrhunderts nicht nur am Leben er-

Transportarbeiter-Internationale gegen den Krieg.

Bedeutungsvolle Tagung des Exekutivkomitees.

I. G. B. Am 15. und 16. Februar tagte in Amsterdam das Exekutivkomitee der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (I. T. F.). Zum Krieg im Fernen Osten wurde eine Entschließung angenommen, in der es einleitend heißt, „daß der bestehende Konflikt die Gefahr der Ausdehnung auf andere Völker in sich schließt und daß die Intervention des Völkerbundes und der Großmächte nicht zum Ziele geführt habe“. Weiter wird gesagt:

„Die I. T. F. hält die Bekämpfung der Kriegsgefahr nach wie vor für eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Das Exekutivkomitee erinnert in dieser Hinsicht an die entsprechenden Beschlüsse der Kongresse von Oslo (1920), Genf (1921) und Wien (1922) und insbesondere an die bisherige Tätigkeit der I. T. F. auf dem Gebiete der Verhinderung von Munitions- und Waffentransporten. Das Exekutivkomitee verfolgt die Entwicklung des Krieges im Osten mit größter Aufmerksamkeit und Besorgnis. Es beauftragt das Sekretariat, sich sofort mit allen angeschlossenen Organisationen in Verbindung zu setzen und beschließt, im Falle der Ausdehnung des Konfliktes unverzüglich zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten und im Sinne der bestehenden Kongreßbeschlüsse die dann nötigen Maßnahmen zu treffen.“

Die wichtigsten Stellen der angeführten Beschlüsse lauten:

„Der Kongreß verpflichtet sich, eingedenk der Millionen Opfer der noch rauchenden Schlachtfelder alle Mittel anzu-

wenden, um die Menschheit für immer vor der Wiederholung einer derartigen Katastrophe zu bewahren.“ (Oslo.)

„Der Kongreß erklärt, daß die wirksamste Waffe jedes Landes im Kampfe gegen Militarismus und Imperialismus die organisierte Macht der Gewerkschaftsbewegung ist und beauftragt das Sekretariat, das Exekutivkomitee und den Generalrat, alle Wachsamkeit und Energie aufzubieten, um, sei es allein oder in Zusammenarbeit mit der internationalen Arbeiterbewegung, alle auf die Förderung der Reaktion, der Gegenrevolution und des Krieges abzielenden Bestrebungen und Absichten des Imperialismus, Militarismus oder internationalen Kapitalismus zu durchkreuzen und zu vereiteln.“ (Genf.)

„Der Kongreß erklärt sich mit den vom Generalrat im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und auf dessen Einladung hin ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Militarismus und des Krieges einverstanden und beschließt, die ganze wirtschaftliche Macht der Transportarbeiter, Eisenbahner und Seeleute aufzubieten, um durch eine wirksame und tatkraftige Aktion die drohende Gefahr des Krieges abzuwenden.“ (Wien.)

Es wird Zeit, daß unter Hinweis auf die Resolutionen und auf die andere kriegsgegnerische Tätigkeit der I. T. F. die angeschlossenen Sektionen der Internationale die aktive Arbeit für die Unterbindung von Munitionstransporten aufnehmen. Entsprechendes gilt natürlich auch für die Gewerkschaften der Munitionshersteller.

halten, sondern in diesem besonderen Zweig der Industrie sogar wieder weiter entwickelt. Und natürlich liegt der Vorteil für die Unternehmer nicht nur darin, daß sie keine Versicherungsbeiträge für die Arbeitenden zu zahlen brauchen. Sie brauchen auch auf keine hygienischen Vorschriften und keine Gesetze über Arbeitszeit Rücksicht zu nehmen. Die Heimarbeiter, die selbst wieder andere bei sich beschäftigen, können lange und für niedrige Löhne arbeiten lassen. Erst jetzt ist es der Gewerkschaft der Sattler zum ersten Male gelungen, von den Großunternehmern eine Zusage zu erhalten, daß Heimarbeiter, die wieder andere beschäftigen, dahin wirken, die Arbeitszeit der ihnen Unterstellten zu beschränken.

Ueberhaupt spielt die Frage der Arbeitszeit eine große Rolle. Seit 1919 ist die gesetzmäßige Höchstzeit auf 48 Stunden festgesetzt. Das Gesetz gestattet nur wenige Ausnahmen. Z. B. dürfen Bauunternehmer im Sommer täglich neun Stunden arbeiten lassen, um die im Winter verlorene Zeit wieder einzuholen. In diesem Jahre kommt die Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf neun Stunden angesichts der Wirtschaftsstockung unerwünscht. Die Unternehmer in Paris und einigen Orten der Provinz haben sich daher auf Grund der Verhandlungen mit den Gewerkschaften dazu bereit erklärt, statt Anfang März erst Mitte Mai diese Verlängerung einzuführen. Die Gewerkschaften meinen, daß auch im Mai die Lage so schlecht sein wird, daß man bei acht Stunden bleiben wird. Andererseits ist natürlich in manchen Industrien die Arbeitszeit heute schon weit unter 48 Stunden in der Woche gesunken. Im Kohlenbergbau des Nordens wird jede Woche ein bis zwei Schichten gefeiert. In der Textilindustrie liegt es ähnlich. Die Parlamentsvertreter der CGT (dem französischen Gegenstück des ADGB) haben daher in der Deputiertenkammer eine Gesetzesvorlage eingereicht auf Beschränkung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden. Das Schicksal dieser Vorlage wird aber wohl erst nach den Wahlen bestimmt werden. Die CGT vertritt zwar den Standpunkt, daß die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnsenkung vorgenommen werden soll. Da aber in vielen Industrien keine Tarifverträge bestehen und die Gewerkschaften dort schwach sind, so ist es unwahrscheinlich, daß sich die Forderung der CGT durchführen läßt.

Vollends wird es unmöglich, Lohnkürzungen in den Fällen zu verhindern, wo diese unabhängig von der Kürzung der Arbeitszeit versucht werden. Dafür sind die Ereignisse im Kohlenbergbau, über die wir hier kürzlich ausführlich berichtet haben, ein wichtiges Beispiel. Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern haben zwar zu gewissen Erleichterungen für die Arbeiterschaft geführt, aber keineswegs zu einer völligen Abwehr der Lohnsenkungen. In den nördlichen Gebieten ist die am 1. Februar vorgenommene Lohnkürzung um fünf Prozent bestätigt worden. Gleichzeitig mußte der Bergarbeiterverband eine weitere Lohnsenkung von drei Prozent zum 1. April annehmen (gegen 5 Prozent zum 1. März, wie die Unternehmer forderten). Im Gebiet der Loire forderten die Unternehmer eine Senkung um 10 Prozent zum 1. Februar, der Bergarbeiterverband erreichte auch hier nur, daß 8 Prozent ab 16. Februar abgezogen wurden. Im Gebiet von Gars (in Südfrankreich) werden ab 1. März 7½ Prozent abgezogen, statt ab 16. Februar 10 Prozent. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß es sich bei diesen kleinen Erleichterungen um Beträge und Fristen handelt, die von den Unternehmern von Anfang an als Handelsobjekt beabsichtigt gewesen waren.

Noch zwei weitere Beispiele von Angriffen der Unternehmer auf die Arbeitslöhne: In der Schuhindustrie in Fougères (Bretagne) kündigten die Unternehmer den Tarifvertrag und verlangten eine Lohnsenkung um 10 Prozent. Hier traten daher am 11. Februar 8000 Arbeiter der Schuhindustrie unter Führung der freien Gewerkschaft in einen Streik, der am Ende des Monats noch andauerte, ohne daß es zu Verhandlungen gekommen ist oder eine Seite Neigung zum Nachgeben zeigt. Für die Gewerkschaft sind die Ausgaben an Streikunterstützungen natürlich erheblich. Sie hat an befreundete Verbände einen Aufruf um finanzielle Unterstützung gesandt.

Schließlich noch das Beispiel der Pariser Bauarbeiter. Hier erfolgt der Angriff auf die Löhne mehr indirekt. Die

Unternehmer gehen nämlich immer mehr dazu über, Akkordarbeit leisten zu lassen, die nach Sätzen geschieht, bei denen die Unternehmer an manchen Stücken bis zur Hälfte des früheren Lohnes einsparen. Oft wird von den Bauunternehmern Arbeit an einen Maurer gegeben, der selbst wieder andere Arbeiter annimmt und diese so bezahlt, daß auch ihm noch etwas von deren Arbeitsverdienst übrigbleibt. So verdienen also die Ober- und Unterausbeuter an der Arbeit der Maurer. Für die Bauherren muß diese Methode sehr lohnend sein: ein Kubikmeter Mauerwerk kostet sie 160 Frs. einschließlich Material, während sie 390 Frs. für die gleiche Arbeit bezahlen müßten, wenn sie Arbeiter im Stundenlohn beschäftigten. In der Akkordarbeit bringt es ein junger, geschickter Arbeiter auf 3 bis 4 Mark pro Tag. Die Gewerkschaften haben sich nun gegen

Die Unruhen in Finnland.

In Helsingfors ist der Kriegszustand erklärt worden. Es wird strenge Personalkontrolle auf Waffen geübt. Post und Telefon stehen unter Zensur. Die Regierung hat einen Militärgürtel um Helsingfors gelegt.

Der Anlaß zu diesem Vorgehen der Regierung liegt in dem Ultimatum der Lappo-Führer, in dem diese die Umbildung der Regierung fordern, und für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderung mit dem Marsch auf Helsingfors drohen.

Nachdem zunächst über die Stärke der Aufständischen lange nichts bekannt war, hat sich jetzt herausgestellt, daß ihre Mobilisierung nicht vollständig gelungen ist. Während sich die Lappo-Leute aus Süd- und Mittelfinnland in den vorher bestimmten Quartieren sammelten, als der Befehl dafür ausgegeben wurde, ist in den übrigen Landesteilen die Mobilisierung nicht durchgeführt worden. Am Dienstag nachmittag soll die Lappo-Leitung einen neuen Mobilisationsbefehl erlassen haben. Ob diese nachträgliche Mobilisierung, selbst wenn sie gelingt, das Unternehmen retten wird, ist fraglich. Es hat den Anschein, als handele es sich bei dem Vorstoß auf Mäntsälä um ein verfrühtes Losschlagen der Lappos, die seit längerer Zeit den Plan hatten, durch einen Putsch im ganzen Land eine Lappo-Diktatur herbeizuführen.

Kabinettskrise in Finnland.

w Helsingfors, 2. März.

Innerhalb der finnischen Regierungskoalition ist es zur Krise gekommen. Die der Lappo-Bewegung nahestehende konservative Sammlungspartei hat ihre Vertreter aus dem Kabinet zurückgezogen. Die Lage ist nach wie vor sehr gespannt. Bisher hat die Regierung noch keinen Oberbefehlshaber ernannt. Auch blieb die für heute erwartete Erklärung der Regierung über die politische Lage im Reichstag aus. Die Parteien billigten die Regierungsverordnung über den verstärkten Schutzzustand.

Keine Einigung in Memel.

Die Mehrheitsparteien haben am Dienstag in einer Sitzung zu dem vom Gouverneur ernannten Präsidenten des Memel-Direktoriums, SIMMAT, Stellung genommen, und an ihn ein Schreiben übersandt, in dem sie es ablehnen, unter einem Direktorium zu arbeiten, in dem bei Stimmengleichheit die Stimme des litauisch gesonnenen Präsidenten den Ausschlag geben würde. Die von SIMMAT vorgeschlagenen Mitglieder der deutschen Mehrheitsparteien haben erklärt, einem solchen Direktorium nicht angehören zu wollen. Die Mehrheitsparteien lehnen es jedoch nicht ab, in einer weiteren Aussprache eine Ausgleichung der Ansichten herbeizuführen.

Gegen den Faschismus.

a Prag, 29. Februar.

Das Prager Innenministerium hat auf Grund des Vereinsgesetzes den deutschen Nationalsozialistischen Verband Volkssport aufgelöst.

Im Zusammenhang damit fanden Hausdurchsuchungen in den Vereinsräumen des Volkssports in Trautenau, Troppau und an verschiedenen Orten Ostböhmens statt, die meist von Gendarmen durchgeführt worden sind.

diese Akkordarbeit und die Einschlebung von Zwischenunternehmern gewandt, die übrigens auf Grund eines Dekrets der Revolutionsregierung von 1848 verboten sind, aber doch selbst von staatlichen und städtischen Behörden angewandt werden. Dieses Dekret ist durch Gerichtsentscheidungen 1881 und 1899 ausdrücklich als noch geltend anerkannt worden. Möglicherweise werden die Gewerkschaften der Bauarbeiter in Paris jetzt einen Kampf um die Anerkennung des Verbots der Akkordlöhne führen.

Aber diese, sowie die anderen erwähnten Arbeitskämpfe stellen, wie wir vermuten, nur das Voispiel dar zu weit schwereren Konflikten, die im Falle einer Verschärfung der Krise und eines Wahlsiegs der Rechten nach den Wahlen ausbrechen werden.

Francois Poncet bleibt.

k Paris, 1. März.

FRANCOIS-PONCET hat sich, wie es nach zuverlässigen Meldungen heißt, entschlossen, den Botschafter-Posten in Berlin dauernd zu übernehmen und damit auf sein Mandat in der französischen Kammer zu verzichten. Er war zunächst vorübergehend für sechs Monate zum Berliner Botschafter ernannt worden. Diese Frist läuft jetzt ab.

Frankreich gewährt der Tschechoslowakei Anleihe.

Ministerpräsident TARDIEU erstattete am Dienstag vor dem Finanzausschuß der Kammer Bericht über die näheren Umstände und die Gründe, die die französische Regierung veranlaßt hätten, der tschechoslowakischen Regierung eine Anleihe in Höhe von 600 Millionen Franken zu gewähren. TARDIEU wies auf die außenpolitischen Gründe hin, die für die Gewährung dieser Anleihe sprächen, und betonte, daß die Tschechoslowakei alle gewünschten Garantien gegeben habe.

Der Ausschuß stimmte sodann dem Anleiheentwurf zu.

Hoesch berät mit Tardieu.

k Paris, 2. März.

Botschafter von HOESCH hat am Dienstag abend TARDIEU einen neuen Besuch abgestattet, in dessen Verlauf die am Sonnabend aufgenommenen Besprechungen fortgesetzt wurden. Man darf annehmen, daß dabei in erster Linie die zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden handelspolitischen Fragen behandelt wurden.

Gibt USA die „Trockenheit“ auf?

h Washington, 2. März.

Der Gouverneur des amerikanischen Gliedstaates Rhode Island hat ein Gesetz unterzeichnet, durch das der Vertrieb von dreiprozentigem Bier im Staate Rhode Island erlaubt wird. Der gegen die Bundesverfassung verstoßende Schritt des Gouverneurs hat in Washington großes Aufsehen erregt.

Im Repräsentantenhaus brachten die „nassen“ Abgeordneten, die für einen Antrag auf namentliche Abstimmung über die Prohibitionsfrage erforderlichen 145 Unterschriften zusammen. Damit sind die Ausschüsse ausgeschaltet, die seit Annahme des Prohibitionsgesetzes alle Abstimmungsanträge über diese Frage verworfen konnten.

Gandhis Sohn verurteilt.

p Bombay, 2. März.

Der älteste Sohn GANDHIS wurde am Dienstag zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Hitlers Stelle genehmigt.

e Braunschweig, 1. März.

In der heutigen Haushaltsberatung des Braunschweiger Landtags wurde auch über die Regierungsratsstelle des Landeskultur- und Vermessungsamtes beraten, die als froie Stelle der Berliner Gesandtschaft zugeteilt und mit ADOLF HITLER besetzt worden ist. Die Stelle wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten genehmigt.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(52. Fortsetzung.)

„Rezept aller Regierungen mit schlechtem Gewissen: Schlag den Untertanen aufs Maul und du hast recht!“ grollt Broucq. Die brennende Schlagpfeife glüht wie eine Ampel in seiner Bartwildnis.

Brandt neigt sich zu Broucqs Ohr heran, um den Chauffeur nicht mithören zu lassen: „Auf die Landrux müssen wir acht geben! Dem Brandfuchs schießt das Feuer schon aus allen Poren! Ich hab schon erwogen, ob ich sie nicht mit einem Nebenauftrag aus Paris fortschicken soll!“

Broucq schiebt seine Pfeife in die andere Mundecke. „Damit werden Sie kein Glück haben. Die bleibt immer dort, wo das rotglühende Eisen gehämmert wird. Außerdem ist sie hier unentbehrlich! Jeder Arbeiter kennt sie, weiß, was sie schon für seine Klasse geleistet hat! Im Notfall wird sie mit den radikalsten Elementen fertig. Gerade jetzt müssen aus taktischen Gründen die Linksradikalen im Auge behalten werden. Das kann bloß die Landrux. Die schwimmt in jedem Wasser.“

Am Palais Royal werden Extrablätter ausgeschrien. Der Chauffeur bremst, ergattert ein durchweichtes Exemplar.

Die matte Deckenbirne beleuchtet die schreienden Uberschriften: „Grenzsperrc zwischen Frankreich und Italien!“ — „Capponi mobilisiert heimlich!“ — „Saint Brice bildet das Kabinet der nationalen Verteidigung!“

Kopf neben Kopf sitzen Brandt und Broucq über das Blatt geneigt, daß sich schon in Fetzen auflöst. Mehr als verdächtig, daß der Expreßzug Marselle-Genua heute sieben Uhr abends in Ventimiglia von den Italienern nicht über die Grenze gelassen wurde. Marschiert Capponi hinter verriegelten Grenzen schon auf...? Und weiter: Das Kabinet Saint Brice hat seine Schlacken abgestoßen! Jetzt

sind nicht mehr Halbfranzosen als Böcke zu Gärtnern gesetzt! ...

Broucq zerreibt mit seinen Schmiedefingern die gedruckten Beschimpfungen. „Brandt, Pandruchi hat recht: Aufräumen mit dem ganzen Gelichter!“ Er zerstampft die nassen Papierfetzen unter seinen Doppelsonnen.

Brandt hat wieder seine gequälten, weiten Augen. Das Kabinet hat seine Schlacken abgestoßen. ... Brandt ballt die Hände. Wartet! Die Schlacke soll glühend werden, bis zur Weißglut sich erhitzen! Millionen werden den letzten Atem hergeben, die Glut anzufachen und Heuchelei und Gewissenlosigkeit bis zur Wurzel abbrennen. ...!

Das Auto rollt über den Pont Solfireno. Am Quai d'Orsay sind die Truppen in dreifachem Kordon aufgestellt. Der Wagenschlag wird aufgerissen. Ein Offizier verlangt die Ausweise.

Brandt und Broucq reichen ihre Karten hinaus, die sie als Abgeordnete ausweisen. Der Offizier wirft jetzt einen stechenden Blick ins dämmrige Auto. Grußlos tritt er zurück, schlägt dröhnend den Schlag zu. In Broucq erwacht der ehemalige Liller Schmiedegeselle. Er stößt den Wagenschlag wieder auf, stemmt eine seiner Beinsäulen aufs Trittbrett und funkelt drohend den Offizier an: „Herr! Morgen erlauben Sie sich vielleicht nicht, meine Wagentür so ungebührlich zuzukrachen!“

Das Auto braust schon wieder los. Zwischen Spalieren blanker Bajonette hindurch. Schwarz und unlebendig dehnt sich in der Rue de Bourgogne die Ostfassade des Palais Bourbon. Am Einfahrtstor neue Kontrolle. Das Auto wird von zahllosen Männern überfallen; das Reporterrudel läßt sich den guten Fang nicht entgehen. Die Fragen prasseln wie aus Maschinengewehren.

Brandt durchbricht den dreifachen Ring unter Gebrauch seiner kräftigen Ellenbogen. „Warten Sie ab, meine Herren, das französische Volk wird zu gegebener Zeit alle Ihre Fragen beantworten!“ — Die orakelhaften Worte sind für Reporter eine wahre Fundgrube! Das gibt Stoff für fulminante Leitartikel.

Auf den Gängen und Treppen stoßen sich Männer und Frauen, Abgeordnete, Detektive, Regierungsbeamte, Presseleute, Horeher und Intriganten. Türen werden aufgerissen,

zugeschlagen. Schritte hasten von Zimmern zu Zimmern, überall wird gestikuliert, debattiert, geflüstert. Als Brandt, den weichen Filzhut unter den Arm geklemmt, das wirre Haar über die Schläfen streichend, die Treppe heraufsteigt, immer drei Stufen auf einmal nehmend, verstummt ringsum der Lärm. Alle Augen laufen hinter ihm und Broucq her. Und als sich hinter beiden die Tür des sozialistischen Fraktionszimmers schließt, bricht das Geraune von neuem los. Jeder ahnt es: der Mann mit der roten Stirnnahe ist nicht die gestürzte Größe von heute, sondern der entschlossene Mitspieler von morgen!

Alle Fraktionen sind versammelt. Das Rüstzeug für die bevorstehende parlamentarische Schlacht wird bereitgestellt. Zwischen den Beratungszimmern der Parteien pendeln Mittelsleute, Kompromißler, Geschäftshaber. Saint Brice hat zwar sein neues Kabinet beisammen, aber das Programm, das er morgen vor der Kammer vertreten soll, ist noch schwer umkämpft. Ein wildes Durcheinander von Wünschen, Forderungen herrscht bei den Fraktionen. Die politische Börse erlebt ihre Hausse.

Die Sozialisten, unerwartet aus der Koalition ausgeschiff, haben plötzlich ihren festen Ankergrund verloren. Die Gemüter platzen hart aufeinander. Brandt ist voreilig aus der Regierung ausgetreten! — schelten die einen. Im Gegenteil — höhnen die Parteigenossen am linken Flügel — man hätte schon gestern den Generalstreik verkünden müssen! Damit hätte man Herrn Saint Brice längst das Rückgrat gebrochen!

Die Fraktion ist in schwerer Bedrängnis. Was soll sie tun, wenn morgen die Mobilmachung gefordert würde? Sind denn aggressive Absichten bei dem Italiener von der Hand zu weisen? Kann man dem Generalstab ins Handwerk pfuschen?

„Bildet ihr euch ein“, ruft Brandt diesen Vorsichtigen entgegen, „daß Capponi seine Heere in Marsch setzt, wenn wir feierlich auf die Mobilmachung verzichten! Vierzig Millionen Europäer — das muß dem Römer klar sein! — werden dafür sorgen, daß der Angriffslustige binnen einer Woche matt gesetzt ist! Nicht der stärkste Staat kann sich rühmen, wenn er von der Mehrzahl der übrigen Mächte erbarmungslos boykottiert wird! Diesen Boykott erzwingen wir!“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftssorgen.

Von Fritz Grob.

Sollen die Gewerkschaftsbeiträge herabgesetzt werden?

Nachdem die Löhne um 20 Prozent abgebaut worden sind, ist die Frage aufgeworfen worden, ob nun nicht auch die Gewerkschaftsbeiträge ermäßigt werden sollten.

Die Beantwortung dieser Frage ist im Grunde sehr einfach. Zunächst wird niemand der Ansicht sein, daß bei einer Herabsetzung der Beiträge die Gewerkschaften gegenwärtig, wo die Ausgaben die Einnahmen übersteigen (die Gewerkschaften decken das Defizit aus den Ueberschüssen der Jahre 1925 bis 1930), im allgemeinen bei einem herabgesetzten Beitrag die alten, nicht herabgesetzten Unterstützungssätze zahlen könnten. Herabsetzung der Beiträge erfordert also im allgemeinen Herabsetzung der Unterstützungen.

Nun sind aber keineswegs alle Gewerkschaftsmitglieder, insbesondere nicht der feste Kern und Stamm der Mitglieder, für eine Herabsetzung der Unterstützungen und damit auch der Beiträge zu haben, auch nicht, nachdem ihnen die Löhne abgebaut sind. Diese Kollegen wollen sich unter allen Umständen das Höchstmaß an Unterstützung bei Streik und Arbeitslosigkeit sichern. Soll man Kollegen diese Möglichkeit nehmen infolge einer generellen Herabsetzung der Beiträge und Unterstützungen? Nein!

Im Gegenteil, ganz besonders wichtig ist die Erhaltung hoher Streikunterstützungen, und zwar unter dem Gesichtspunkt der kommenden lohnpolitischen Auseinandersetzungen nach Ablauf der Lohnabbau-Zwangstarife Ende April dieses Jahres. Dies umso mehr nach der Ankündigung des Reichsarbeitsministers, daß vom Mai ab eine weitere Auflockerung des Tarifrechts infolge sehr sparsamer Handhabung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen erfolgen wird. Beweis dafür ist bereits die große Zurückhaltung des Reichsarbeitsministeriums bei den Lohnverhandlungen und der Fällung von Schiedssprüchen in der Holzindustrie.

Angesichts dieser Lage ist es erforderlich, bei möglichst großer Freiheit der Mitglieder in der Wahl der Beitragsklassen das Beitrags-Niveau nach oben zu ziehen, statt es generell zu senken. Stärkung der Kampfkraft der Mitglieder ist Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften und umgekehrt. Daß die Gewerkschaften auch über das Höchstmaß von Kampfbereitschaft verfügen, dafür zu sorgen ist Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre durch ihre Arbeit in Gewerkschaft und Betrieb.

Die praktische Durchführung dieser Lösung der Beitragsfrage ist sehr einfach, da die Gewerkschaften verschiedene Beitragsklassen haben. Wer eine Beitragssenkung entsprechend seiner Lohnsenkung will, zahlt den Beitrag in der entsprechend niedrigeren Stufe, wozu die Gewerkschaften satzungsgemäß die Möglichkeit geben, und bekommt dann die entsprechend niedrigeren Unterstützungen.

Zur Stärkung der Vertrauenswürdigkeit der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben im allgemeinen die Zustimmung ihrer Mitglieder zu dieser Regelung gefunden.

Die Kritik, die bei der Erörterung der Beitragsfrage zum Ausdruck gebracht wurde, bezog sich meistens darauf, eine andere Beitrags- und Unterstützungs-einteilung überhaupt herbeizuführen oder spiegelt ganz andere Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten der Gewerkschaften wieder. So schreibt ein Kollege aus Elbing in der „Metallarbeiter-Zeitung“:

„Also sind auch wir für Beibehaltung der bisherigen Beitragsätze. Was aber der Vorstand übersah und unbehehlt ließ, empfinden wir älteren Kollegen besonders schmerzlich. Es sind in dem Vorschlag mit keinem Wort die Beiträge der Arbeitslosen, Wohlfahrts- und sonstigen Unterstützungsempfänger bedacht worden. Werden wir denn nicht mehr als vollwertige Kollegen betrachtet? Ich will mich kurz fassen: Ein erwerbsloser Wohlfahrtsempfänger mit Frau und einem Kind erhält nach dem letzten Abbau wöchentlich 12,15 M. (hier im Osten) Unterstützung. Ist jemand in der Lage, davon noch 10 Pfennige Wochenbeitrag, 30 Pfennige Invalidenbeitrag und die Sterbefall-Beiträge aufzubringen? Ich für meinen Teil

habe es bis jetzt leidlich geschafft; aber der größte Teil meiner Leidenskollegen klagt bitter darüber.“

Alle Kollegen, die in der Lage des Kollegen aus Elbing sind, würden es „leidlich“ schaffen, und die dahingehenden bitteren Klagen würden verstummen, wenn eine andere Sache in den Gewerkschaften nicht Anstoß erregen würde. Diese Sache berührt ein anderer Kollege, allerdings nur mit einem Satz, in der Forderung: Die Gehälter der Angestellten werden von 400 M. an aufwärts um 30 Prozent gekürzt.“ („Metallarbeiter-Zeitung.“)

Die Kraft der Gewerkschaft beruht, oder soll jedenfalls beruhen, in der Solidarität der Mitglieder. Aus der gleichen Kasse, in die der eine Kollege die Groschen tut, die er sich abhungern muß, bekommen andere Kollegen Gehälter von weit über 400 M. auch heute noch, wo 35 Prozent der Mitglieder dieser Gewerkschaft arbeitslos sind, zum Teil schon im dritten Jahre. Mit welcher Begründung ist das zu rechtfertigen? Mit welcher Begründung will der Kollege infolge der Bescheidenheit seiner Forderung diesen Zustand fast unverändert aufrechterhalten?

Ein anderer Kollege geht mit seiner Forderung in Nr. 9 der „Metallarbeiter-Zeitung“ schon etwas weiter. Er sagt: „Weiter bin ich der Ansicht, daß die Gehälter der Angestellten um mindestens 50 Prozent gekürzt werden müßten. Dann lägen sie noch etwa 100 Prozent höher als bei einem gelernten Facharbeiter.“ Es gibt auch keinen ernstzunehmenden Grund dafür, daß die Gehälter doppelt so hoch sind wie der Lohn eines Facharbeiters; denn den Angestellten stehen Zeitungen, Zeitschriften, Bücher u. s. w. zur Verfügung, und besondere Unkosten werden ihnen sowieso besonders ersetzt.

Also: Die Gewerkschaftsleitungen sollten sich endlich entschließen, in dieser Frage einen ganz radikalen Schritt zu tun, und dann alle Gehälter in ihren Zeitungen veröffentlicht, damit alle Verdächtigungen, ja alle Peinlichkeiten von denen genommen wird, die sich heute erst auftraffen müssen, nach der Höhe der Gehälter zu fragen, und auch von denen, die darüber befragt werden. Das Vertrauen zu den Gewerkschaften könnte durch solchen radikalen Entschluß allein schon eine starke Stütze bekommen, da diese Frage der Gehälter vor allem eine Frage von moralischer Bedeutung ist. Es ist eine alte sozialistische Forderung: Offenlegung der Steuerlisten. Hier kann sie sinngemäß verwirklicht werden: Legt die Gehaltslisten auf. Wenn einem Funktionär das zu radikal ist, der soll die Gewerkschaft verlassen!

Lohnabbaukurs.

Material zur Frage des Wertes der Verbindlichkeitsklärung für die Arbeiter.

Der „Holzarbeiterzeitung“, Nummer 9, entnehmen wir folgendes:

Mit der Ablehnung des Antrages auf Verbindlichkeitsklärung des am 21. August 1930 gefällten Schiedsspruches des zentralen Lohnamtes für das deutsche Holzgewerbe begann die amtliche Förderung des Lohnabbaues und der Zerschlagung der tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsbedingungen im deutschen Holzgewerbe. Es war das erstmal, daß unser Verband das Reichsarbeitsministerium in Anspruch genommen hatte, um einem gefällten Schiedsspruch Rechtskraft zu geben. Der Reichsarbeitsminister STEGERWALD hat damals die Ablehnung persönlich unterzeichnet. Er hat damit zum Ausdruck gebracht, daß er die Lohnsätze des Schiedsspruches für unbillig hielt.

Den damit eingeschlagenen Kurs hat das Reichsarbeitsministerium in der Folge eingehalten, und wo man glaubte, Abweichungen von dieser Linie beobachten zu können, hat es sich bald als Irrtum erwiesen.

Durch die Entscheidung des Reichsarbeitsministers war die zentrale Lohnregelung im deutschen Holzgewerbe beseitigt; die Nichterneuerung des am 15. Februar 1931 abgelaufenen Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe war die logische Folge. Der Inhalt des Mantelvertrages war allerdings damit nicht aus der Welt geschafft. Er ist in die selbständigen Bezirkstarifverträge übergegangen, und wo

solche nicht abgeschlossen werden konnten, wurde er von vielen Einzelunternehmern anerkannt.

Das Streben der Unternehmer nach maßlosem Abbau der Löhne wurde das ganze Jahr 1931 hindurch vom Reichsarbeitsministerium intensiv gefördert. Wo das Ministerium nicht direkt eingriff, erhielten die Schlichter entsprechende Anweisungen. Die Befugnis, Schiedssprüche für verbindlich zu erklären, wurde offensichtlich nur in dem Sinne gehandhabt, daß die Arbeiter gehindert wurden, sich gegen Vergewaltigung zur Wehr zu setzen. Das konnte man in verschiedenen Gewerben beobachten. Besonders drastisch in dem Fall, der das württembergische Holzgewerbe betraf. Als der Stuttgarter Schlichtungsausschuß einen zweiten starken Lohnabbau diktiert hatte, beantragten die Unternehmer die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches. Unsere Kollegen trafen Anstalten, sich zur Wehr zu setzen, da sprach der zu ständige Schlichter überraschend schnell die Verbindlichkeit des Schiedsspruches aus. Er wartete nicht einmal den von ihm selbst angesetzten Termin ab, an dem die eingeleitete Nachverhandlung zu Ende geführt werden sollte. Offensichtlich hat er dabei nach den ihm von Berlin zugegangenen Weisungen gehandelt. Dagegen hatte man es in einer Reihe anderer Fälle mit der Entscheidung über Anträge der Arbeiter auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen nicht sehr eilig; in der Regel wurden diese Anträge nach monatelanger Ablagerung schließlich abgelehnt.

Wie sehr man im Reichsarbeitsministerium darauf bedacht war, die Tarifverträge im Holzgewerbe „aufzulockern“ zeigt das Beispiel des Bezirks Sachsen-Anhalt. Dort wurde die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages noch vor dessen Ablauf aufgehoben. Im Herbst 1931 hatte sich im Reichsarbeitsministerium eine Anzahl von Anträgen auf Verbindlichkeitsklärung von Lohnschiedssprüchen angesammelt. Am 3. November hat der Reichsarbeitsminister STEGERWALD persönlich entschieden, daß sie abgelehnt werden, „weil die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Verbindlichkeitsklärung nicht gegeben sind“.

Die Erklärung für dieses Verhalten konnte man in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 erblicken, die damals im Ministerium vorbereitet wurde. In dem Augenblick, wo ein weit stärkerer Lohnabbau vorbereitet wurde, wollte man einen geringeren Abbau nicht mehr durch Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen sanktionieren.

Aber dann schien es, als wollte das Reichsarbeitsministerium sein Wüten gegen den Tarifvertrag im Holzgewerbe einigermaßen wieder gutmachen und wirkliche Hilfe für die Schaffung von Tarifverträgen leisten. Es war jedoch nur eine kurze Schwankung; sehr bald ist das Ministerium zu seinem alten Lohnabbaukurs zurückgekehrt.

Der Schlichter für Südwestdeutschland, Herr Dr. KIMMICH, der den oben erwähnten Schiedsspruch für das Holzgewerbe in Württemberg mit so großer Eile für verbindlich erklärt hatte, wurde als Sonderschlichter bestellt, um bei der Schaffung von Tarifverträgen in einigen Bezirken Hilfe zu leisten. Das Ergebnis seines Wirkens liegt nun vor: Der Schiedsspruch für den Freistaat Sachsen. Die Vermutung liegt nahe, daß er mit dem Abschluß dieses Verfahrens schon weiter gegangen ist, als man im Reichsarbeitsministerium wollte. Der Sonderschlichter folgte wohl einem Wink aus dem Ministerium, als er den anberaumten Termin zur Fortsetzung der Vertragsverhandlungen in Berlin wieder aufhob und dann darauf verzichtete, sich gegenüber der Sabotage der Unternehmer in Schlesien und in Thüringen durchzusetzen.

So wie die Dinge zur Zeit stehen, geben wir uns keinen Illusionen hin.

Der Kurs des Reichsarbeitsministeriums geht offensichtlich dahin, das Streben jener Unternehmergruppen zu fördern, die den Tarifvertrag im Holzgewerbe völlig beseitigen wollen. Wir müssen uns darauf einrichten, daß wir bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur die Unternehmer, sondern auch das Reichsarbeitsministerium als Gegner haben.

Es wird wahrhaftig Zeit, sich darauf einzurichten.

Kultur.

Bilder aus einer kleinen Universitätsstadt.

Jena besitzt eine Universität mit alter Tradition und mit Studenten, die der Jenaer Bürger ebenso liebt wie sein jahrhundertaltes „Stadtbier“. Mit Recht; denn viele Jenaer Studenten schätzen es, noch spät in der Nacht zu singen „In Jena lobt's sich gut“, und sie trinken schon beim „Früh-schoppen“ auf offener Straße das gute Jenaer Stadtbier. Wer hat denn Grund, wegen ein bißchen nächtlicher Ruhestörung seitens unserer „überschäumenden Jugend“ gleich zu schimpfen, wenn die notleidenden Studenten immer noch ein paar Groschen finden, um die Finanzen der Stadt aufzubessern?

Natürlich reicht der Durst, den ein Student von seiner Arbeit mitbringt, nicht aus, um alles erzeugte Bier zu konsumieren. Da wird aber Abhilfe geschaffen. Eine der zahlreichen Burschenschaften macht am Semesterende, abends 10 Uhr, mit dem Bierglas in der Hand eine „Demonstration“ zum Markt. Dort stellt man sich im Kreis um das Denkmal; die Biergläser werden vor den Füßen auf den Erdboden gestellt; man singt, trinkt einen Teil des Bieres und der Rest wird mit lautem Rufen in mannhaftem Bogen auf das Denkmal gegossen.

Auf der Abschiedsfeier für einen Professor wird stolz hervorgehoben, er habe während seiner Studentenzeit einmal drei Tage Karzer wegen Auslöschens von Laternen bekommen. Das ist der rechte Mann!

Kürzlich konnte hier ein Hellscher vor stark besetztem Saal mehrere Experimentalvorträge halten. Zu den Versammlungen erschienen viele Akademiker. Professorenfrauen gehörten zu den eifrigsten Besuchern seiner Sprechstunden und zahlten Riesenhonore.

Natürlich muß sich der Jenaer Student in seiner Mütze und Uniform einmal photographieren lassen. Leider kann

ich hier nicht einige der vielen Bilder, die an den Wänden der Kneipen und in den Schaukästen der Photographen hängen, veröffentlichen. Um den Anblick der Gesichter zu charakterisieren, genügt aber schon der Hinweis auf die Tatsache, daß überaus viele der Studenten stolz ihr NSDAP-Abzeichen tragen, also das Abzeichen einer Partei, deren Führer erklärt hat, daß er die Menschen nicht mit Gründen überzeugen, sondern mit den Weihrauchmethoden der katholischen Kirche für seine Ziele fangen will. Die „Jünger der Wissenschaft“ bekennen sich also schon durch ihr Abzeichen zum Gegenteil dessen, was sie durch den Universitätsbesuch vortäuschen. Nur in einem Klassenstaat schiekt man Menschen, die sich nicht eindeutig zur Wissenschaft bekennen, auf Kosten der Bevölkerung zur Universität. Es verdient aber lobende Erwähnung, daß diese Studenten durch gegenseitiges Zerschlagen der Gesichter Sorge tragen, auch vom Ungeübten nicht mit der übrigen Bevölkerung verwechselt zu werden.

Selbstverständlich braucht eine Stadt mit einer großen Mehrheit nationalsozialistischer Studenten, eine Stadt, die sich (zu Reklamezwecken) stolz „Universitätsstadt“ nennt, neben der Universität noch andere Kulturstätten. Darum wurden gleich zwei Nazibuchhandlungen geschaffen. Sagen wir Nummer 1 und Nummer 2. Nummer 2 (sie liegt der Universität näher als Nummer 1) zeigt im Schaufenster hauptsächlich ein Rosenmuseum verschiedenartiger Hakenkreuzabzeichen und eine Reihe von Zinnfiguren in SA-Gestalt; auch Puppen in SA-Uniform werden angeboten, zu Weihnachten Tannenbaumkugeln mit Hakenkreuzen; außerdem viele Postkarten mit Naziführern (HITLER in vielfacher Ausführung). Zwischen all diesen wertvollen Kunstschätzen stehen jedoch auch einige Bücher. Damit das Auge des Besuchers nicht nur an dem Antlitz ADOLFS haften bleibt, haben die Bücher schreiende Titel und grelle Farben. Ich gehe hinein, um mir ein Buch zu kaufen. Der uniformierte Verkäufer (anscheinend ein ehemaliger Offizier) beginnt plötzlich auf Buchhandlung Nummer 1 zu schimpfen. Er klagt über unanständige Konkurrenz. Er will aber einen Brief an

HITLER schreiben, um Abhilfe zu schaffen, nützt es nichts, „dann trete ich aus der Partei aus“.

Beim Krämer beklagt sich eine Frau: „Hier ist ja alles viel teurer als in Berlin.“ Darauf der Verkäufer: „Ja, Gott-seidank, daß wir nicht in diesem Sündenpfehl leben.“

Jetzt ist das Semester beendet und es wird wieder deutlicher, daß in Jena erfreulicherweise auch kulturelle Bestrebungen loben. E. B.

Aus einer noch kleineren Universitätsstadt.

Das Göttinger Naziblatt schrieb in seiner Nummer 46: „Der YORK-Film für die Erwerbslosen“.

Morgen Donnerstag, vormittags 11 Uhr und nachmittags 2.30 Uhr, wird der Ufa-Tonfilm „YORK“ in zwei Freivorstellungen für Erwerbslose und Unbemittelte im Capitol und im Edentheater gezeigt. Der Besitzer der Vereinigten Theater, Herr HEIDELBERG, hat zu diesem Zweck 2200 Freikarten gestiftet, die für die Erwerbslosen von heute ab im Arbeitsamt und im Wohlfahrtsamt, für Kleinrentner und andere Unbemittelte von morgen früh 9 Uhr ab an den Kassen des Capitols ausgegeben werden. Wir sind sicher, daß das erhebende vaterländische Filmwerk mit der genialen Darstellung des Generals YORK durch WERNER KRAUSS von den Erwerbslosen mit ganz besonderem Interesse aufgenommen wird, schildert es doch die Ereignisse, die zu der Befreiung Preußens aus tiefem Elend führten, wie es auch heute wieder nach einem verlorenen Kriege über Deutschland hereingebrochen ist.

An einem anderen Tag wurde das Göttinger Reichswehr-Bataillon in Gruppenkolonne ins Capitol geführt, um dasselbe „erhebende vaterländische Filmwerk“ auf sich wirken zu lassen. Auch gegen Freikarten — natürlich!

Wenige Tage vorher hatte das Edentheater, ein viel kleineres Kino, den Anti-Kriegsfilm „Niemandland“ vorzeitig vom Programm absetzen müssen — da er vor leeren Bänken lief

Ein Lichtblick.

H. K. Berlin, 1. März.

Daß die einfachen Grundsätze einer vernünftigen Einheitsfront-Politik außerhalb der beiden großen Arbeiterparteien mehr und mehr begriffen werden, zeigte die heutige Versammlung des antifaschistischen Kartells SAP, KPD-O, LENIN-Bund und anderer Organisationen in Neukölln. Die Grundsätze richtiger Einheitsfront-Politik wurden von mehreren Rednern entwickelt, in der kritischen Auseinandersetzung mit der verfehlten „Einheitsfront“-Politik der KP erläutert und durch einfache Beispiele von Einheitsfront-Aufgaben anschaulich gemacht. Am klarsten sprachen hierüber wohl die Genossen BECK von der KPD-O und URBAHNS vom LENIN-Bund. Nicht nur der Inhalt der Reden zeigte, daß in der Versammlung Genossen waren, die etwas von Einheitsfront begriffen hatten; das zeigte sich auch in der Form, in der man mit einander verkehrte: diese Form stand weit über dem Durchschnitt dessen, was man in Berliner Arbeiterversammlungen, in denen Mitglieder verschiedener Parteien anwesend sind, heute erlebt. Die meisten Redner brachten Gedanken vor, die sie sich überlegt hatten; nur wenige ließen die von dem zuständigen ZK herausgegebene Platte ablaufen (besonders zwei KP-Redner fielen durch diese Oede auf); den meisten Rednern hörte man zu; man schrie wohl auch dazwischen, aber immer wieder kam die Diskussion zurück in eine Form, die nicht befürchten ließ, daß aus Mangel an Gründen der Kampf der Geister in einen Kampf der Leiber verwandelt werden würde. Man gewann den Eindruck: die ernsthaftesten Arbeiter für die Einheitsfront stehen heute außerhalb der beiden großen Parteien.

Es wurde auch über die Präsidentenwahl gesprochen und über die Einheitsfrontaufgabe, die hier vorliegt. Mehrere Redner von Organisationen, die dem Kartell angeschlossen sind, ließen durchblicken, daß für sie als der erstrebte gemeinsame Arbeiterkandidat auch im zweiten Wahlgang nur THALMANN in Frage kommt. Damit tun sie aber den ersten Schritt zur Kapitulation vor dem ZK der KPD und leisten so der Einheitsfront einen schlechten Dienst: auf diese Weise wird nur eins der schwersten Hindernisse der Einheitsfront gestärkt: der Hochmut der KP, die von allen Arbeitern das Einschwenken in ihre Parteifront verlangt. Der Protest, den ich hervorrief, indem ich auf diese Gefahr hinwies, beweist nur, daß sie besteht.

Arbeiter, Polizei und Handelskammer

Am 15. Januar wurden in Long Beach (Kalifornien) ungefähr 200 Arbeiter von der „Roten Abteilung“ (politischen Polizei) verhaftet. Sie waren zusammengekommen, um einen Vortrag über die Wirtschaftskrise zu hören. Nach einem Verhör in der „üblichen“ Weise — es dauerte bis zum Mor-

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Bezirk Reinickendorf: Mittwoch, den 2. März, 20 Uhr, Vereinshaus Sachse, Holländer-Ecke Thunerstraße. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Burg b. Magdeburg: Freitag, den 4. März, 20 Uhr, im Schützenhaus, großer Saal. Thema: Arbeitslosigkeit und Reichspräsidentenwahl. Redner: H. Rasse (Rasen). Eintritt 20 Pf. Ewerlosse 10 Pf.

Hamburg: Donnerstag, den 3. März, um 20.15 Uhr, Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Soll der Faschismus wirklich siegen?

Sonabend, den 5. März, um 20.15 Uhr, Volksheim Rothenburgsort, Mühlenweg 41. Thema: Die Lage in China und die Aufgabe des europäischen Proletariats. Redner: Genossin Chiyin Chen (Schanghai).

Freie Aussprache. Eintritt frei.

gen und wurde von Beschimpfungen, Schlägen u. a. begleitet — wurden die Arbeiter bis auf 82 entlassen, mit der Ermahnung und Warnung, sich von solchen Veranstaltungen fernzuhalten.

Dem Verteidiger wurde erst nach zwei Tagen der Zutritt zu den Verhafteten gestattet. 40 weitere wurden dann gegen eine Bar-Kaution von 500 Dollar pro Person freigelassen, die übrigen blieben in Haft.

Bemerkenswert ist, daß sich die Amtsräume der „roten Abteilung“ nicht in der Polizeiverwaltung, sondern in der Handelskammer in Los Angeles befinden.

Übersetzt aus dem „Sennaciulo“.

Hungersnot in Nord-Japan.

Im Bezirk Aomori und auf der Insel Hokkaidoo (Yesso) herrscht Hungersnot. Die dortige Bevölkerung, zum größten Teil arme Pächter, führt schon in normalen Jahren ein Hungerdasein. Infolge der völligen Mißernte im vergangenen Jahr stehen die Menschen nun vor dem Nichts. — Die wehrfähigen Männer wurden schon vor der Ernte eingezogen und kämpfen in der Mandschurei für Japans „Ehre“.

Übersetzt aus dem „Sennaciulo“.

Gummiknäppel gegen Erwerbslose.

Berlin, 1. März.

Bereits am Montag kam es in dem neu eröffneten Arbeitsamt Südost-Süd, am Bahnhof Köllnische Heide, zu stürmischen Szenen, die sich am Dienstag wiederholten. In diesem neuen Arbeitsamt sollen wöchentlich etwa 100 000 Arbeitslose abgefertigt werden. Am Dienstag morgen gegen 8 Uhr hatte sich eine Riesenmenge eingefunden, die bis 4 Uhr noch nicht abgefertigt war. Etwa 15 Frauen waren in diesem Gedränge ohnmächtig geworden und fanden in den mangelhaften Sanitätseinrichtungen keine ausreichende Hilfe. Gegen 14 Uhr bemächtigte sich der Menge eine große Unruhe. Mehrere Fensterscheiben gingen in Trümmer und eine Glasür wurde aus den Angeln gehoben. Auch wurden Steine von der Straße aus gegen die Fenster geworfen. Mehrere Ueberfallkommandos drängten unter teilweiser Benutzung des Gummiknäppels die Menge ab. Nachdem die Leitung des Arbeitsamts bekanntgegeben hatte, daß vorläufig bis 16 Uhr Auszahlungen stattfinden sollten, kam die Menge allmählich wieder zur Ruhe. Die Polizei blieb aber noch mit einem größeren Aufgebot zur Stelle.

Reichslandbund zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 1. März.

Der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes nahm in seiner Sitzung am Dienstag folgende Entschloßung zur Reichspräsidentenwahl an:

„Die nationale Opposition hat die Proklamation Hindenburgs durch die Parteien des Weimarer Systems mit der Herausstellung ihrer Vorkämpfer HITLER und DÜSTERBERG beantwortet. Der Reichs-Landbund steht im Lager der nationalen Opposition. Er wird seine Stimme nicht für HINDENBURG einsetzen. Der Kampf für den einen der beiden Kandidaten der nationalen Opposition ist ein Kampf für die Irrwege unserer bisherigen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind.“

Das wahrheitsgetreue Protokoll.

Der Arbeitsgerichtsdirektor KAUFMANN (Hamburg) hat in der „Studiengesellschaft für mechanisches Protokoll, München“ eine Zelluloid-Grammophonplatte vorgeführt, die es ermöglichen soll, ein wortgetreues Protokoll einer Gerichtsverhandlung aufzunehmen. Der Wert einer solchen Methode liegt auf der Hand.

Sie ermöglicht es, den ganzen Gang der Verhandlung festzuhalten, nicht nur die Aussagen des Zeugen oder des Angeklagten. So ist es z. B. möglich, bei einer späteren Untersuchung des Falles zu prüfen, ob die Antworten des Befragten durch die Fragestellung des Richters beeinflusst worden sind.

Die Einführung einer solchen technischen Neuerung gewährt natürlich keine Sicherheit, daß die Gelegenheit zur vorurteillosen Prüfung auch ausgenutzt wird; die Gefahren eines Klassengerichts können nicht durch technische Erfindungen gebannt werden. Trotzdem ist schon die Möglichkeit der nachträglichen genauen Kontrolle einer Verhandlung begrüßenswert.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 2. März.

Frankfurt:

1935 Wirtschaftskrise und Lohnpolitik. Gespräch zwischen Prof. VON BECKERATH, Bonn, und Prof. LEDERER, Berlin. (Vergleiche: „Wie kommen wir aus der Krise heraus“ im „Funken“, Nr. 3, vom 5. Februar; ferner: „Wirtschaftskrise ohne Ende“ im „Funken“, Nr. 89, vom 16. Februar.)

Donnerstag, den 3. März.

Breslau:

18.25 Der gesetzliche Schutz des Betriebsrates.
21.30 Mexikanische Geschichten von BRUNO TRAVEN.

Königs wusterhausen:

22.15 Dr. RAUSCHER: Politische Zeitungsgeschau.

Mühlacker:

19.05 Direktor DONAU: Deutsche Sozialpolitik und internationales Arbeitsamt.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Freitag, den 4. März.

Breslau:

21.00 Ein Hörspiel nach GOETHE'S „GOETZ VON BERLICHINGEN“. (Auch Königs wusterhausen.)

München:

20.35 Dr. PAUL ROHRBACH: Bericht von einer Weltreise.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wie die UdSSR ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit bewahrt.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2,— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Depps, Berlin. Verlag: International Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5919. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 86, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt o. m. Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer Schatullen Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothenhauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Arbeiterkinderheim

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagesatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

MAGDEBURG

Elegante und praktische

Herrn- und Damenkleidung

nach Maß fertigt sauber und billig an

RUDOLF SCHÜNHUT

Otto von Guerickestr. 04, H. r. L.
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig

Apfelsaft

naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40

Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Anfertigung

eleganter Damen-garderobe und Reformkleidung

fürchtenicht

Göttingen
Nikolaus-Berger-Weg 67

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

PREIS-HERABSETZUNG!

Auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 haben wir die Preise unserer politischen und pädagogischen Schriften herabgesetzt.

Um es den Freunden unseres Verlages zu ermöglichen, unsere Schriften einem möglichst breiten Kreis von Menschen zugänglich zu machen, haben wir über die verfügte Preisherabsetzung hinaus vor allem die Preise der von anderen Verlegern übernommenen Schriften ermäßigt.

Fordern Sie ein Verzeichnis unserer Schriften mit den neuen Preisen an.

VERLAG „ÖFFENTLICHES LEBEN“

Berlin S 14, den 1. März 1932.

Arbeiterschaft und Weltkriegsgefahr.

Gegen Nationalismus und Spaltungstaktik.

E. S. In einer öffentlichen politischen Aussprache des ISK, in Göttingen am 26. Februar, stand erneut das Thema „Reichspräsidentenwahl“ auf der Tagesordnung, diesmal in Verbindung mit dem Thema: „Krieg in China — Weltkriegsgefahr und Arbeiterschaft.“ Die Aussprache förderte zunächst einige interessante Gesichtspunkte zutage in bezug auf die heutige Stellung der Arbeiter zur Kriegsfrage:

1. Ein neuer Krieg kann nicht lange dauern, da er — mindestens in Deutschland — die schönste Revolutionsarmee auf die Beine bringt. (Die „Revolutions“armee von 1918 — nach einem vierjährigen Krieg — hat diese Genossen nicht belehren können!)

2. „Der Arbeiter hat kein Vaterland zu verteidigen“, — das wußten die Genossen, die unter dem Sozialistengesetz Bismarcks gekämpft haben. Die heutige Generation weiß es trotz des miterlebten Weltkrieges noch nicht. Es bestand in der Versammlung zunächst die Ansicht, daß man den chinesischen Proletariern raten solle, sich gegen Japan zu verteidigen, weil sie ihre „Landesgrenzen“ gegen Räuber zu schützen hätten. Es kostete einige Mühe, herauszufinden, daß Arbeiter im Kapitalismus die Interessen ihrer Klasse zu verteidigen haben — und sonst nichts. Zu verteidigen haben sie ihre körperliche und geistige Freiheit sowohl gegen einheimische als auch gegen fremde Ausbeuter. Wenn wir den chinesischen Genossen zum bewaffneten Widerstand gegen die Japaner geraten haben, so nur deshalb, weil sie unmittelbar mit dem Tode bedroht waren, und weil sie den Fall des Lebensbleibens nur die Aussicht hatten, als Kolonialvolk doppelter Ausbeutung ausgesetzt zu werden, aus der die endgültige Befreiung noch schwieriger ist als bei „zivilisierten“ Völkern.

3. Die „Uebervölkerung“ zwingt die Nationen, sich auf Kosten anderer auszubreiten. Auch Japan ist ein „Volk ohne Raum“. Wiederum kostete es große Mühe, diesem Satz die nationalistische Maske abzureißen. Er ist nur für den Kriegsfall — auf den allerdings ständig hingearbeitet wird — zugeschnitten. Für diesen Fall will man die Lebensmittelversorgung der „belagerten Festung“ vom Ausland unabhängig machen. In unserem Zeitalter der Technik ist die Ernährung eines Volkes eine Frage der Organisation des Verkehrs — wenn im übrigen zwischen den Völkern ein rechtlicher Verkehr herrscht und nicht hochwertige Produkte naiven Völkern abgeschwindelt werden gegen Schnaps oder alte Zylinderhüte.

Wenn solche und ähnliche Gedanken selbst in Arbeiterköpfen spuken, wie werden sich dann diese Arbeiter im Falle eines Kriegsausbruchs in Europa verhalten?

Wenn das Bollwerk gegen den Krieg aber so schwach ist, dann ist es doppelt wichtig, es in der verbleibenden Friedensspanne zu verstärken. Dazu gehört außer anderm, daß man alle Kräfte anspannt, um zu verhindern, daß der Posten des Staatslenkers mit einem Nationalisten besetzt wird, dessen Handwerk außerdem noch der Krieg ist. Auch heute noch dürfen wir die Bemühungen, einen Einheitskandidaten der Arbeiterschaft aufzustellen, nicht aufgeben.

Wir wissen, daß die Arbeiter aller Parteien diesen Vorschlag für richtig halten und ihm zustimmen. Aber: „Die Partei will nicht!“ — „Die Führer einigen sich nicht!“ — Das ist richtig! Aber weil das so ist, muß ein Druck von unten ausgeübt werden auf diese Führer, zäh und beharrlich, bis sie wollen, was sich gehört: Die Einheitsfront des Proletariats! Daß das Erfolg hat, dafür ist Göttingen wiederum ein Beispiel.

Im „Funken“ Nr. 37, vom 13. Februar, haben wir mitgeteilt, daß bei der vorbereitenden Gründungsversammlung der „Eisernen Front“ „Kommunisten und Mitglieder anderer staatsfeindlicher Parteien oder Gruppen“ ausdrücklich ausgeschlossen waren und daß die 600 Mitglieder starke Freileiterorganisation keinen Vertreter im Aktionsausschuß erhielt. Der Erfolg: Die Eintragungen in das „Eiserne Buch“

kamen so spärlich, daß der Aktionsausschuß sich veranlaßt sah, eine neue Versammlung einzuberufen, zu der diesmal alle „Funktionäre der modernen Arbeiterbewegung“ eingeladen wurden — und zwar nicht vergeblich.

Dieser Erfolg im Kleinen zeigt den Genossen den Weg, den sie gehen müssen. Unablässig drücken von „unten“, bis ihre Gedanken auch „oben“ gehört werden müssen. 6 Millionen Gewerkschafter sollten sich ihre Gedanken nicht von den „Oberen“ vorschreiben lassen; sie sollten die falsche Bescheidenheit abwerfen, zu meinen, diese „Führer“ seien klüger als sie selber. Sie sind zwar gerissener, erfahrener in Winkelzügen; aber das unvoreingenommene Denken ist häufiger anzutreffen bei Arbeitern, die noch nicht durch tausenderlei Koalitionsrücksichten gebunden sind.

Fort auch mit dem Kleinmut in unseren eigenen Reihen, als sei es jetzt zu spät für die Einigung auf einen Kandidaten! Ist es für den 13. März zu spät, so vielleicht noch nicht für den 10. April. Und selbst, wenn es dafür zu spät wäre, so ist es gewiß noch nicht zu spät für die übernächste Reichspräsidentenwahl. — Was hat die SPD in den 7 Jahren seit der letzten Wahl für einen Einheitskandidaten getan?

Verhandlungen über Entwaffnung der österreichischen Schutzverbände.

Wien, 2. März.

Am Dienstag begannen die Besprechungen des österreichischen Sicherheitsministers mit den Selbstschutzverbänden, die die Einleitung einer allgemeinen Entwaffnung unter gegenseitiger Kontrolle der Verbände zum Zweck haben. Der Republikanische Schutzbund vertritt den Standpunkt, daß die Abrüstung eine allumfassende und gleichzeitige sein müsse und keinem Bundesland irgend welche besonderen Waffenrechte zugestanden werden dürften. Am Donnerstag sollen die Unterhandlungen des Ministers mit der Bundesführung der Heimwehren beginnen.

Neuer Prozeß gegen die „Weltbühne“!

Berlin, 1. März.

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht III hat gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Weltbühne“, von OSSIEZKI, Anklage wegen Beleidigung der Reichswehr erhoben, nachdem der Reichswehrminister GROENER Strafantrag gestellt hatte. In einem am 4. August 1931 erschienenen Artikel heißt es u. a.: „Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeilen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er 1/2 Stunde davon entfernt streng verboten war. Sagte ich Mord? Natürlich Mord, denn Soldaten sind Mörder.“ In diesen Ausführungen erblickte die Staatsanwaltschaft eine schwere Verunglimpfung des Soldatenstandes und hat demgemäß gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Weltbühne“ Anklage erhoben. Der Verfasser des Artikels ist Dr. TUCHOLSKI.

Aus dem „Freistaat“ Sachsen.

F. S. Der ehemalige sächsische König ist in diesen Tagen in Sybilleort gestorben und in der Hofkirche beigelegt worden. Anlässlich dieses Todesfalles ist vom sächsischen Ministerium angeordnet worden, daß am Beisetzungstage auf sämtlichen Dienstgebäuden (Schulen u. s. w.) halbmast zu flaggen ist. Die Dresdener Staatstheater änderten den Spielplan für drei Tage. In den Hauptgottesdiensten der ev.-luth. Kirchen wurde auf Anordnung der obersten Kirchenbehörde am Sonntag, den 21. Februar, „des heimgegangenen Königs gedacht“. Am Dienstag darauf fand in der luth. Domkirche eine besondere Gedächtnisfeier mit Predigt des Landesbischofs statt. Die sächsischen Kirchen flaggten halbmast. Während der Beisetzung wurde in allen Kirchen Dresdens geläutet. Auch Dorfkirchen läuteten. In den katholischen Kirchen Sachsens ist für den Verstorbenen im Sonntagsgottesdienst gebetet und darüber hinaus angeordnet worden, „in allen katholischen Pfarrkirchen Sachsens für die Seelenruhe des Heimgegangenen ein feierliches Requiem zu halten.“

Plus XI. über die Verhandlungen in Genf.

Fr. Aus einer Ansprache des Papstes vor römischen Pfarrern:

„... endlich befinden wir uns mitten zwischen zwei internationalen Konferenzen, von denen die gesamte Welt so viel erwartet, weil sie sich von so großen Bedrängnissen bedrückt, von so vielen Sorgen geängstigt fühlt. ... Es liegt offen zu Tage, daß die gesamte traurige Lage der Dinge neuerdings die Unzulänglichkeit und Unfähigkeit der Menschen zeigt, die Dinge der Welt zu leiten. Und es ist offenkundig, daß die großen wie die kleinen Anliegen der Erde nicht von den Menschen, nicht von der Hand des Menschen, sondern von Gottes Hand abhängen.“

Unmittelbar vor dem drohenden japanischen Angriff auf Schanghai wandte sich der Genfer Vertreter Chinas, YEN, an den Papst und bat ihn, seinen Einfluß für die Rechte Chinas einzusetzen. Die Antwort, die er erhielt, lautete, der Papst werde für China beten. Zur Verteidigung des von YEN angemeldeten Rechtsanspruchs hat das Oberhaupt der katholischen Kirche keinen Finger gerührt.

Das entspricht den Worten seiner Rede. Er hat sich an die Instanz gewandt, die er als die maßgebende hingestellt hat, und sich nicht um menschliche Aktionen bemüht, deren Unzulänglichkeit die Genfer Verhandlungen angeblich wieder einmal bewiesen haben.

Es ist natürlich keine Rede davon, daß dieser Grundsatz, Gott die Initiative zu überlassen, von den Vertretern der katholischen Kirche auch nur annähernd konsequent verfolgt würde. Die Kirche versteht es, selber zu handeln, wo ihre Herrschaft auf dem Spiel steht oder wo sich die Gelegenheit bietet, der Weltherrschaft einen Schritt näherzukommen. Aber die Lehre von der Ohnmacht der Menschen steht zur Verfügung, wo unerwünschte Ansprüche auftauchen.

Es gibt viele Wege, sich den Anforderungen des Rechts zu entziehen. Die Genfer Verhandlungen über den chinesisch-japanischen Streit haben eine reiche Auswahl davon gezeigt. Keiner ist aber so aufreizend wie der, sich hinter religiöse oder rechtliche Theorien zurückzuziehen, um dadurch das eigene Verhalten nicht etwa zu entschuldigen, sondern ihm einen Heiligenschein aufzusetzen.

Konfessions-Statistik.

Dem „ISK“ vom März 1932 entnehmen wir die folgende Statistik der Konfessionen auf der Erde:

Römische Katholiken	351 839 665	das sind	19,0 %
Konfuzianer	304 027 114	„	16,4 %
Hindus	233 997 819	„	12,6 %
Mohammedaner	229 008 599	„	12,5 %
Buddhisten	199 461 632	„	10,8 %
Protestanten	164 683 026	„	8,9 %
Orthodoxe	181 460 822	„	7,1 %
Heiden	122 239 817	„	6,6 %
Religionslose	76 598 195	„	4,1 %
Schintoisten	16 644 437	„	0,9 %
Juden	15 731 475	„	0,9 %
Unbekannt	4 481 733	„	0,2 %
Gesamtbevölkerung	1 850 174 834	das sind	100,0 %

Auf die einzelnen Erdteile verteilt, ergeben sich folgende Prozentziffern:

	Afrika	Amerika	Asien	Australien	Europa
Römische Katholiken	3,8	53,1	1,7	22	42,9
Konfuzianer			30,5		
Hindus			22,5		
Mohammedaner	37,1	0,1	17,9	0,1	1,8
Buddhisten	0,1		20		
Protestanten	3,5	15,4	0,5	62,4	24,3
Orthodoxe	3,4	0,4	0,5	4,1	25,3
Heiden	51,2	1	4,6	11,2	
Religionslose		27,8			2,2
Schintoisten			1,7		
Juden	0,3	1,8			2,3
Unbekannt	0,6	0,4	0,1	0,2	0,6
	100	100	100	100	99,4 ?

Wer keine Wahl hat, hat die Qual.

Von F. C. Weiskopf.

(Copyright by Malik-Verlag A.-G., Berlin.)

(3. Fortsetzung.)

„Solange man gesund ist, mag ja alles ganz gut sein. Ist man aber nicht mehr beisammen und ist nicht viel Hoffnung da, daß man wieder auf die Beine kommt, — dann ist es besser, man liegt früher unter der Erde, als später!“

Schreck und Scham spielen also nicht mit. Und was die Liebe anlangt ... du mein Gott, wenn Pulkrábek seine Milada so richtig anschaut, begreift er es eigentlich gar nicht, wie ihm das Weibsbild einmal hat den Kopf verdrehen können! Zwar — die schönen, weißen Zähne und das dicke schwarze Haar sind noch da, aber Liebe, wie gesagt ...?

Die also verschleudert den neuen Gedanken auch nicht. Bleibt demnach nur das eine: daß es um einen Kameraden geht, und daß man einen Kameraden nicht im Stich lassen kann.

Und das andere, nicht minder tief ins Blut Gehimpfte und zu Trieb und Lebensäußerung Gewordene: daß er sich schlägt. Jetzt wie früher — und seit er atmet. In ruhiger Selbstverständlichkeit und ohne viel Worte, verbissen, bedingungslos und zäh. Um alles und mit allem. Um das Stück Brot und um die Nacht mit der Frau; mit dem alten Kotreijch und mit dem frostigen Winter. Und mit dieser heimtückischen Krankheit natürlich auch, versteht sich!

IV

ARBEITSWILLIGE

(auch Ungelernte!)

werden von der Betriebsleitung des Sägewerks per sofort angenommen. Lohn nach Uebereinkommen. Handgeld 20 Kronen sofort bei Unterzeichnung des Arbeitsvertrags. Meldung täglich von 7 bis 18 Uhr in der Betriebskanzlei

Wer weiß, wie lange schon der verdammte Zettel da unbeachtet an der Anschlagtafel des Gemeindehauses gilbt! Einen Kameraden läßt man nicht im Stich.

Das ist doch ganz selbstverständlich und eindeutig, nicht wahr?!

Daran gibt es doch nichts zu deuteln.

... Möchte man glauben, ja! Möchte man glauben!

In Wirklichkeit aber ist die Sache nicht ganz so einfach, wie es den Anschein hat. In Wirklichkeit ist sie verzwickter! Ganz außerordentlich verzwickter sogar!

Es ist klar: die Medizin muß beschafft werden. Die Frau darf er nicht im Stich lassen! Aber auch die Kameraden aus der Ziegelei und vom Sägewerk dürfen nicht im Stich gelassen werden!

Was soll man aber schließlich tun, wenn bei den Kameraden kein schäbiger Kreuzer mehr zu holen ist und man eher aus einem Stein Wasser, als aus einem Bauern ein paar Sechser herauspressen kann? Will man die Frau nicht ganz und gar ohne Hilfe lassen, — was bleibt einem anderes übrig, als der Weg zur Betriebskanzlei?! (Jaja, die Medizin ist wahrscheinlich gar nichts wert, aber die Milada glaubt eben daran. Schluckt sie mit solchem Vertrauen, daß er sie einfach beschaffen muß. Muß, — sonst ist er ein elender Lump!)

Hm — — und wenn er hinginge und sich meldete? Ist er dann kein Lump?!

Ja, verdammt verzwickter ist die Sache! Mag man sie wenden und drehen wie man will, — so oder so bleibt man ein schuftiger Kerl!

Es gibt keinen Ausweg. Gesotten wie gebraten, gehüpft wie gesprungen, — man sitzt in der Klemme.

Alles Zupfen an der umfangreichen Kartoffelnase, alles Scheuern des blanken, gelben Eierschädels, alles Herumspekulieren und Bohren hilft nichts: das Sprichwort vom Wolf, der sich sattgefressen hat, während die Ziege doch heil geblieben ist, läßt sich nicht verwirklichen.

Verdammte Geschichte!

Es nützt nichts, daß er sich sagt:

Der und jener hat sich doch damals auch blutwenig um die Kameraden gekümmert!

Er wendet ja gleich selbst dagegen ein:

„Und wenn schon! Soll ich es darum auch so machen, ab? — Na, also ...!“

Aber schließlich und endlich ist einem das Hemd doch näher als der Rock!

Jaja, aber die Milada ist eben doch nur ein Mensch, und dort sind es eine ganze Masse, — darf er da ihretwegen, noch dazu, wo sie am Verlöschen ist ... und das ist sie doch, oder nicht?!

Oder ... ?

Aber dann ...

Ja, was denn?!

Was denn eigentlich?!

Was denn, zum Teufel?!

Glücklicherweise taucht gerade im Augenblick höchster Verwirrung der altvertraute, liebe Gedanke auf und bringt Beruhigung:

Da hat er die ganzen langen Jahre hindurch immerzu beim Ziegelofen gearbeitet, an den Formtischen, auf den Trockenplätzen und beim Verladen. Hat immerzu mit den regelmäßigen Ziegeln zu tun gehabt, hat abgepaßt, geglättet, geordnet, geschichtet, — hat gebaut sozusagen.

Das ist ihm ins Blut übergegangen.

Das hat ihm, lange bevor er ihn zum erstenmal klar gefaßt von anderen gehört hat, den Gedanken vertraut und lieb gemacht:

„Da baut man und baut man. Häuser und Fabriken und was weiß ich. — Und sollte doch eigentlich erst mal diese verpfuschte Welt umbauen! Die ist ja nicht zu brauchen, so wie sie ist! Die Nichtstuer haben die besten Plätze und unsereins hat einen Dreck! — Einreißen und nachher umbauen! Solid und sauber, wie sich's gehört! Einen ganz neuen Bau hinstellen! Einen, in dem jeder, der anständig arbeitet, auch einen anständigen Platz kriegt! Gleich gut und gleich groß wie alle andern! Ja! — Das ist natürlich nicht leicht und allein bringt man so was auch nicht zustande, aber wenn man zusammenhält (man ist doch in der Ueberzahl, möchte man meinen!), wenn man also richtig zusammenhält, müßte es gehen!“

Zusammenhalten!

Zusammenhalten!

Trost ist dieser Gedanke, Zuflucht und hoffungsfreudige Sehnsucht.

Ist da nicht klar, was zu geschehen hat?!

(Fortsetzung folgt.)

Die Zukunft des Kapitalismus: Planwirtschaft.

Rpt. Berlin, 1. März.

Professor SOMBART sprach gestern abend auf Einladung der neugegründeten Studiengesellschaft für Geld- und Kreditreform im überfüllten Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses über die Zukunft des Kapitalismus.

Die Beantwortung der immer drängenderen Frage, wie die heute lebenden Menschen die Wirtschaft gestalten sollen, schob SOMBART schon in den ersten Sätzen beiseite. In ihnen beschränkte er seine Aufgabe, angeblich um die Grenzen der Wissenschaft nicht zu überschreiten, darauf zu beschreiben, was ist.

Infolge dieser traurigen Auffassung vom Beruf der Wissenschaft lehnte SOMBART es ab, mehr zu tun, als festzustellen, welche Möglichkeiten vor uns liegen, welchen Naturnotwendigkeiten das Handeln der Menschen unterworfen ist, und schließlich, welche Zwecke und Mittel wahrscheinlich von den Menschen gewählt werden.

Er sieht drei Möglichkeiten vor den europäischen Menschen:

1. *Es bleibt alles, wie es ist.* Wir wursteln weiter von einer Notverordnung zur nächsten. „Eine wenig erfreuliche Aussicht, die aber vielleicht die Wirklichkeit der Zukunft darstellt.“

2. *„Der Film wird zurückgedreht.“* Rückkehr zum „Unschuldzustand“ der freien Wirtschaft, zum „echten“ Kapitalismus. Die Wahrscheinlichkeit, daß dies geschieht, schätzt SOMBART sehr gering ein. Die Einführung des Freihandels, der freien Wirtschaft habe überhaupt nur auf einem Mißverständnis beruht: Man habe die Lehren von NEWTON über die Bewegungsgesetze der Himmelskörper mit Hilfe einer schlechten Philosophie übertragen auf den wirtschaftlichen Verkehr der Menschen untereinander. So sei man auf die absurde Idee gekommen: wenn man alle frei gewähren ließe, so würde schon das Beste herauskommen. (Herr SOMBART vergißt, zu erwähnen, daß durchaus nicht allen freie Bewegungsmöglichkeit gegeben war, weder Land- noch Industriearbeitern — eben weil der Anfangszustand des Kapitalismus — vor allem wegen der Bodensperre durch das Großgrundigentum — keineswegs ein „Unschuldzustand“ war!) Die freie kapitalistische Wirtschaft sei nur auf Grund einer einmaligen Situation möglich gewesen: Niederwerfung von Handwerk und gebundener Bauernwirtschaft, freies Betätigungsfeld im In- und Ausland, verhältnismäßig langsames Tempo der Entwicklung. Die Größe der heutigen Großbanken und Konzerne erlaube nicht die Rückkehr zur „freien Wirtschaft“. Die freie Wirtschaft: „Das gibts nur einmal, das kommt nicht

wieder!“ (Warum erwägt SOMBART nicht die Möglichkeit der Rückbildung zu kleineren Banken und Industrieunternehmen? Es gibt viele Gründe dafür, daß diese besser wirtschaften. Einige englische Stimmen dazu veröffentlichten wir in der heutigen Nummer.)

3. Die *Entwicklung zu neuen Formen* scheidet SOMBART das Wünschenswerte zu sein. Interessant, wie er sein bürgerlich-kapitalistisches Publikum auf das Wort für diese neuen Formen vorbereitete: „Ueber die Möglichkeit neuer Formen läßt sich mit Sicherheit nur soviel sagen, daß sie eingegliedert sein werden in eine — verzeihen Sie das harte Wort — Planwirtschaft. . . . Nachdem ich das verrufene Wort ausgesprochen habe und sehe, Sie sind nicht allzu sehr davon erschüttert worden, ist es wohl meine Pflicht und Aufgabe, darüber einiges zu sagen. . . .“

Was Planwirtschaft bedeuten würde, setzte SOMBART zunächst klar auseinander: Sie muß Produktion, Verteilung und Konsum umfassen; es geht nicht an, etwa den Konsum frei zu lassen. Der Plan muß von einer Stelle ausgehen. Beruhigend sagte er seinen Hörern, innerhalb der Planwirtschaft werde eine Mannigfaltigkeit der Formen herrschen. Staatswirtschaft, Gemeindegewirtschaft, Genossenschaftswirtschaft und auch kapitalistische Wirtschaft mit weitgehender Selbstverwaltung der Beteiligten.

Immer mehr ging SOMBART von seinem Vorsatz ab, keine Werturteile abzugeben, nicht zu sagen, was geschehen solle. Auf weltwirtschaftliche Erörterungen übergehend, bezeichnete er *Autarkie* als wünschenswert in dem Sinn, daß der notwendige Bedarf möglichst weitgehend im Inland erzeugt wird und eine planmäßige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern stattfindet.

Kapitalistische Kreise nehmen es also nicht nur in der Praxis freudig hin, ihre Verluste „sozialisieren“ zu lassen. Sie machen sich vielmehr mit Hilfe ihrer Professoren mehr und mehr damit vertraut, daß sie künftig in einer Planwirtschaft leben werden. Sich mit diesem Gedanken anzufreunden, wird den meisten leicht, weil sie alles Recht haben, anzunehmen, daß ihnen dabei das Profitmachen planmäßig gesichert wird.

Je vertrauter sich die Kapitalistenklasse mit diesem Gedanken macht, um so wichtiger wird es, daß die Arbeiterklasse mit dem Wahn bricht, daß Planwirtschaft (Kollektivismus, Gemeinwirtschaft) gleichbedeutend sei mit Sozialismus.

Das nennen sie Handelspolitik.

Deutschland: Die Reichsregierung hat beschlossen, einen sogenannten „Obertarif“ einzuführen. Das ist ein Zolltarif, der für alle Waren gilt, die aus Ländern kommen, mit denen keine handelsvertraglichen Beziehungen bestehen (wichtig sind: Polen, Kanada, Australien). Der „Obertarif“ steht ferner als Kampftarif in Reserve gegenüber Ländern, die der deutschen Einfuhr zu große Hemmungen entgegensetzen.

Frankreich: Je ein Abkommen zwischen französischen und deutschen Industriellen beschränkt die Einfuhr von deutschen Koffern und von Lampenartikeln nach Frankreich.

Holland: Einfuhrgenehmigungen für Schuhe dürfen bis zum 1. April nur noch in Ausnahmefällen erteilt werden, weil das Kontingent für die meisten Einfuhrländer, das seit dem 5. Februar festgesetzt ist, am 8. Februar (!) bereits weit überschritten war.

Finnland: Die Kaffeefuhr aus Deutschland sollte dadurch verhindert werden, daß die Einfuhr gefärbten Kaffees verboten wird. Der Plan scheiterte nur daran, daß die zolltechnischen Hindernisse für die Unterscheidung von gefärbtem und ungefärbtem Kaffee zu groß sind.

Island: Im April wird eine „isländische Woche“ in Reykjavik abgehalten werden, im Juni eine isländische Warenmesse. „Die isländische Industrie ist zwar noch jung, kann aber manches selbst herstellen“, wird behauptet.

Dänemark: Bekanntlich wird nur ein bestimmtes Kontingent Butter (5000 Tonnen jährlich) nach Deutschland zu einem verhältnismäßig niedrigen Zollsatz hereingelassen (86 Mark für den Doppelzentner); für alle weitere Einfuhr muß wesentlich mehr Zoll bezahlt werden: 136 Mark für den Doppelzentner. — Die Dänen haben nun unter sich eine Verrechnungsstelle eingerichtet, die den Zolbetrag gleichmäßig auf die dänische Butterausfuhr nach Deutschland verteilt. Interessanterweise ist keine Behördenorganisation aufgebaut worden; die Verrechnung wurde vielmehr einer Speditionsfirma übertragen. Also selbst in der Abwehr handelspolitischer Torheiten sind die Dänen führend!

Ein europäisches Farbenkartell.

Die Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen, französischen, Schweizer und englischen Farbenindustrie haben zu einem Abkommen geführt. Das internationale Geschäft der beteiligten Unternehmungen wird „geregelt“ unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Anteile daran. Das Geschäft in den Vereinigten Staaten wird von diesem Abkommen nicht betroffen. Es handelt sich bei diesem Vertrag nicht um Preisbindungen, sondern anscheinend lediglich darum, jede heute etwa noch bestehende Konkurrenz, durch die die Interessen der Verbraucher gewahrt werden könnten, mit Stumpf und Stiel auszurotten.

ENGLAND

Bank von England: Die Bank von England hat bereits jetzt eine hinreichende Menge von Devisen angesammelt, um den Kredit von 80 Millionen Goldpfund, den die englische Regierung im vergangenen Sommer zur Stützung des Pfundes in Frankreich und Amerika aufgenommen hat, zurückzahlen, obwohl der Kredit erst Ende August fällig wird. Vor allem die Goldtransporte aus Frankreich in eine günstige Lage versetzt.

Vermahnungsgeld für Weizen: Die Gesetzesvorlage für den Verkauf von Weizen ist jetzt bekanntgegeben worden. Sie sieht vor, daß Müller und Mehleinfuhrhändler eine Anzahl aus der die eingetragenen englischen Weizenzeuger einen Zuschuß erhalten, der ihnen einen „Standard“-Preis von 20 Shilling für den Doppelzentner Weizen sichert. Der Preis von englischem Weizen ist jetzt 11 Shilling 2 Pence. Die englischen Weizenproduzenten sollen also künftig etwa das Doppelte erhalten.

Zollfreiliste: Von dem zehnprozentigen Zoll sollen unter anderem außer den bereits bekanntgegebenen Produkten ausgenommen werden: Kohle, Koks, mineralische Düngemittel.

Baumwolle: Obwohl das Pfund Sterling fast um 30 Prozent im Wert gesunken ist und obwohl die Nachfrage nach roher Baumwolle infolge der Verbesserung der Lage der englischen Baumwollindustrie zugenommen hat, liegt der Preis für rohe Baumwolle immer noch beträchtlich unter dem des Vorjahres. Für ein Pfund ägyptische Baumwolle betrug er

im Februar 1930	13,55 d.
im Februar 1931	9,60 d.
im Februar 1932	7,55 d.

Seit Januar 1927 sind in der englischen Provinz Lancashire 114 Kohlenbergwerke stillgelegt worden, in denen 17 900 Arbeiter beschäftigt waren.

Im Unterhaus wurde die *Subvention des Zuckerrübenbaus* erörtert. Dabei wurde festgestellt, daß während der vergangenen sieben Jahre für diese Industrie vom Staat 30 Millionen Pfund Sterling gezahlt worden sind. Die Gewinne, die die Zuckerfabriken dadurch machen, sind so groß, daß sie sich nicht sonderlich um rationale Geschäftsführung kümmern. Die englischen Konsumenten bezahlen für die Zuckerrüben-ernte von 1930/31 11 Millionen Pfund. Die gleiche Menge Zuckers hätte für 4,7 Millionen Pfund eingeführt werden können.

FRANKREICH

Gemäß einer Anordnung der Bank von Frankreich dürfen Goldtransporte nach Frankreich in Zukunft nur noch auf französischen Dampfern erfolgen. Da der Transport von Gold für die Schifffahrt sehr einträglich ist, bedeutet dies eine wesentliche Hilfe für die französische Schifffahrt. Bisher wurde die Hälfte der französischen Goldeinfuhr aus Amerika auf deutschen Dampfern befördert.

Der *Sonderzoll auf englische Kohle*, den Frankreich in Höhe von 15 Prozent vom Wert seit der Pfundentwertung erhoben hatte, ist aufgehoben worden. Es ist nicht bekannt, welche Zugeständnisse dafür von englischer Seite an Frankreich gemacht worden sind.

Im Januar sind die *Steuereingänge* in Frankreich, die bis dahin vollauf den Erwartungen entsprochen haben, zum ersten Male sehr stark gesunken und weit hinter den Anschlagen zurückgeblieben. Unter diesen Umständen wird das Defizit für das Ende März ablaufende Finanzjahr 1931-32, das man bisher auf 1700 Millionen Francs schätzte, erheblich wachsen und wohl kaum unter 3 Milliarden (rund 500 Millionen Mark) bleiben.

Ist der Großbetrieb wirtschaftlich überlegen?

BALDWIN, der Führer der englischen Konservativen, sagte kürzlich im Unterhaus:

„Industrielle Zusammenschlüsse mögen in manchen Industrien günstig sein, aber ihr schwacher Punkt ist der, daß sie Initiative und Anpassungsfähigkeit vermindern und die Produktion von Waren bester Qualität hindern. Der Betrieb, der am besten durchkommt, ist der verhältnismäßig kleine Betrieb, der von einer wirklich fähigen Persönlichkeit geleitet ist, die sich schnellen Veränderungen des Marktes anpassen kann und nicht dadurch behindert wird, daß sie riesige Summen festen Kapitals hinter sich hat.“

Ein Engländer, ANGUS WATSON, schrieb im Januar in einem Brief an den „Manchester Guardian“:

„Kürzlich erfuhr ich von einer unserer führenden Werften, daß es in unserem Lande nur vier zahlungsfähige Schiffbau-Unternehmungen gäbe, die alle unter Verwaltung eines Einzelnen stünden. Es ist ja leicht verständlich, daß die hohe technische Kunst der industriellen Kontrolle erfolgreicher von einem Einzelnen ausgeübt wird als von einer Verwaltung und daß eine Firma aufhört erfolgreich zu wirtschaften, wenn sie einen Umfang annimmt, der die Leitung durch eine führende Hand unmöglich macht.“

JOHN JEWKES, Lektor an der Universität in Manchester, führte Mitte Januar im Rahmen einer Vorlesung über das Thema: „Eine statistische Untersuchung über die Wirtschaftlichkeit der Produktion in Großbetrieben“ unter anderem folgendes aus:

Die Entwicklung, durch die in den Vereinigten Staaten Kleinbetriebe durch große Anlagen verdrängt werden, ist keineswegs allgemein oder schnell. Eine Anzahl von Tatsachen weist darauf hin, daß die Bewegungen des Marktes der Ausdehnung des Betriebes recht drastisch Einhalt gebieten.

Der Großbetrieb rötet den kleinen Betrieb nicht aus, wenn man auch sagen kann, daß er ihn langsam ersetzt. So

wohl der Transport (innerhalb des Betriebes), als auch die Tatsache, daß selbst innerhalb eines einzelnen Betriebes die Probleme der Leitung und Verwaltung stärker wachsen als die Größe des Betriebes, beides weist darauf hin, daß die Gewinne, die durch Vergrößerung des Betriebes erzielt werden können, ziemlich scharf begrenzt sind.

Während die Produktionskosten mit dem Größerwerden des Betriebes zunächst sinken, wird die Ueberlegenheit der großen Unternehmungen immer zweifelhafter, wenn die größten Betriebe erreicht werden. Und die Kapitalverzinsung ist meist bei mittelgroßen Betrieben größer als bei den größten. So gewinnt man den Eindruck, daß die größten Unternehmungen in der Lage sind, durch weitgehende Rationalisierung die Unkosten herabzudrücken, daß aber, selbst wenn dies in Betracht gezogen wird, die mittelgroßen Firmen ihnen in sehr vielen Fällen überlegen sind.

Die Unkosten sind nicht immer in der Gruppe der größten Betriebe am niedrigsten. Dort, wo die Betriebsgröße in beträchtlichem Maße durch natürliche Umstände bestimmt ist, wie es in Bergbau-Industrien der Fall ist, hat die Gruppe der größten Betriebe die niedrigsten Unkosten, wenn man die Verzinsung des Kapitals nicht einrechnet. Aus diesem Grunde ist es meist bei Kohle, Petroleum, Kupfer und in der Fischkonserven-Industrie so, daß sich Betriebsgröße und Produktionskosten in entgegengesetzter Richtung verändern. In anderen Industrien ist diese Beziehung nicht so ausgeprägt. Während des Krieges waren die Unkosten für Mahlen von Weizenmehl in der Gruppe der mittelgroßen Betriebe niedriger als in den größten, und ebenso ist es mit sterilisierter Milch. Im Bäckereigewerbe zeigten die größten Betriebe gegenüber den kleineren keinen bemerkenswerten Vorteil in bezug auf die Kosten.

Im Einzelhandel sind die Betriebskosten von mittelgroßen Unternehmungen verhältnismäßig günstig gegenüber den größeren. Die Tendenz, daß kleinere Unternehmungen prozentual höhere Gewinne machen als größere, ist hier sehr deutlich.

OESTERREICH

Der *Außenhandel* ist stark zusammengeschrunft gegenüber dem Vorjahr; es ist jedoch nicht gelungen, den Einfuhrüberschuß irgend erheblich zu senken.

	Januar 1931	Januar 1932
	Millionen Schilling	
Einfuhr	169,5	133,1
Ausfuhr	92,4	60,7
Einfuhrüberschuß	77,1	72,4

Bierabsatz: Die Brauereien in Wien und Niederösterreich haben im Januar und Februar gegenüber denselben Monaten des Vorjahrs einen bis zu 50 Prozent gehenden Rückgang zu verzeichnen; bei den Brauereien in Oberösterreich stellt sich der Rückgang auf rund 30 Prozent, bei den Brauereien in den Alpenländern auf 15—30 Prozent. — Also auch ohne Biersteuererhöhungen ein Rückgang des Absatzes, eben eine Krisenfolge! Die Lehre für Deutschland liegt auf der Hand.

USA.

Ausfuhrüberschuß: November 1931 43 Mill. Dollar
Dezember 1931 31 „ „
Januar 1932 14 „ „

Eine allmähliche Anpassung an die Rolle des Gläubigers, der nicht dauernd gleichzeitig Zinsen einkassieren und Ausfuhrüberschüsse erzielen kann?

Kampf gegen Notenhaltung: Die Regierung will vom 7. März ab sogenannte „Baby-Bonds“ ausgeben, Schuldverschreibungen zu 50, 100 und 500 Dollar, die sich mit 2 Prozent verzinsen und nach 60 Tagen wieder in bar eingelöst werden können. — Wenn das Publikum in großem Umfang diese Baby-Bonds kauft, haben die Notenbanken die Bahn frei für großzügige neue Ausleihungen.

Arbeitslosigkeit: Der amerikanische Gewerkschaftsbund schätzt die Zahl der Arbeitslosen am 1. Februar auf 8 300 000, also ungefähr gleich hoch wie zu Anfang des Jahres.